



Pressemitteilung

Leipzig, den 03.12.2017

EU-Sicherheitszertifikat für Flughafen Leipzig-Halle

Nun kann die gleichmäßige Bahnverteilung kommen

Der Flughafen Leipzig/Halle erfüllt die strengen EU-Sicherheitsstandards. Das entsprechende Zertifikat überreichte Sachsens Verkehrsminister Martin Dulig (SPD) dem Vorstandschef der Mitteldeutschen Flughafen AG in der vergangenen Woche. Wir gehen davon aus, dass es sich bei dem "TÜV-Zeugnis" um die Konformitätsbewertung der EASA (Europäische Agentur für Flugsicherheit) handelt. Ab dem kommenden Jahr sind Flugplatzbetreiber in der EU ohnehin verpflichtet, ein solches Zeugnis vorzuweisen.

Freilich sagt ein derartiges Zertifikat nichts über die Fluglärmbelastung der Bevölkerung aus, hier konkret am LEJ, der lautesten stadtnahen nächtlichen Lärmquelle Deutschlands. Allerdings ist mit dem Zeugnis nun endlich der Nachweis erbracht, dass der Flughafen die hohen Sicherheitsstandards der EU erfüllt. Dies schien bis dato nicht der Fall gewesen zu sein. Noch im Juni 2016 stellte der sächsische Wirtschaftsminister Martin Dulig auf eine kleine Anfrage im Sächsischen Landtag fest, dass *"der Staatsregierung ... Mängel bei der Sicherheitstechnik zur Absicherung einer gleichmäßigen Bahnverteilung bekannt sind,..."*. Die Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses zur gleichmäßigen Bahnverteilung scheiterte lt. Flughafen und Deutsche Flugsicherung bisher an sicherheitstechnischen Gründen. *"Würden Nord- und Südbahn gleichzeitig genutzt, müssten die Flieger die Bahnen kreuzen. ...Dies ist eine Risikoerhöhung, was wir lieber vermeiden wollen."* (Liebscher, DFS). Dies sah zwar ein durch die Stadt Leipzig in Auftrag gegebenes Gutachten eines der renommiertesten Flughafenplaner Deutschlands nicht ganz so, aber sei's drum, hier scheint das Ministerium seine Hausaufgaben gemacht zu haben. Und wir gehen davon aus, dass dies nicht nur geschah, damit der Airport weiterentwickelt werden kann, wie kürzlich durch das Luftfrachtabkommen mit China geplant.

Das letzte Argument, die gleichmäßige Bahnverteilung nicht zu realisieren, ist ad acta gelegt. Das Sächsische Staatsministerium, der Flughafen und die Deutsche Flugsicherung sind nun aufgefordert, die versprochene gleichmäßige Bahnverteilung und damit Fluglärmverlastung von ca. 150.000 besonders von der Südbahn Betroffenen umzusetzen. Und es solle niemand jetzt mit dem "Argument" kommen, dies sei im Planfeststellungsbeschluss nicht festgelegt. Diese Behauptung wurde von uns schon mehrfach widerlegt.

Matthias Zimmermann

Pressesprecher

BI "Gegen die neue Flugroute" / BI "Gegen Flug- und Bodenlärm"

Bürgerinitiative "Gegen die neue Flugroute"

Postfach 26 01 10

04139 Leipzig